

Stiftung | 24.07.2014 - 10:30

Argentinien von Staatsbankrott bedroht



In Argentinien rückt die Gefahr eines Staatsbankrotts näher. Jörg Dehnert, Projektleiter der Stiftung in Buenos Aires, sprach mit freiheit.org über die Wirtschaftskrise im Land. Im Sommer sei es zu einem rasanten Anstieg der Inflation gekommen und Wirtschaftsexperten befürchteten zum Ende des Jahres eine große Krise, berichtete Dehnert. Der negative Trend präge durch Proteste und zunehmende Zahlen von Obdachlosen das alltägliche Straßenbild. "Das Vertrauen der Menschen in die Regierung schwindet kontinuierlich", unterstrich er.

Dazu kommt eine Entscheidung eines US-Gerichtes, dass Argentinien bis Ende Juli 1,5 Milliarden Dollar Schulden an die Hedgefonds-Gläubiger zahlen muss. Damit werde die argentinische Regierung vor ein fast unlösbares Dilemma gestellt, erklärte der Stiftungsexperte. "Verweigert sie die fristgemäße Zahlung, werden andere Vereinbarungen unwirksam und es droht zudem der Staatsbankrott, weil Argentinien keine Kredite mehr erhalten wird."

Unterlassung des Schuldenabbaus rächt sich

Sollte die argentinische Regierung jedoch wie verlangt den Betrag zahlen, so müsste sie auch an ihre anderen Gläubiger die Beträge zurückzahlen, die sich auf eine Summe von 500 Milliarden US-Dollar belaufen könnten. "Zwar könnten diese Zahlungen, beziehungsweise Zahlungsfristen neu verhandelt werden, allerdings würde dann offenkundig, dass der Grund für die ganze Misere auf eine absolute Fehlkalkulation des Jahres 2008 zurückgeht", hob Dehnert hervor. Damals habe die Regierung die Möglichkeit gehabt, die Staatsschulden zu einem Viertel der heutigen Summe zu begleichen. "Die finanziellen Mittel waren vorhanden. Mit Blick auf geplante soziale Wohltaten unterließ man dies jedoch,

eine absolute Fehleinschätzung, die jetzt als Bumerang zurückkommt", erläuterte er.

Damit drohten auch persönliche Verantwortlichkeiten der handelnden Politiker, so Dehnerts Analyse. "Nur zu gut hat man die Ereignisse der Jahre 2001 und 2002 noch in Erinnerung, als der damalige Minister Domingo Cavallo schnellstens aus dem Land fliehen musste, um einem Prozess zu entgehen. Insofern steht die Regierung vor einer 'No-win-Situation', und hat nur die Wahl zwischen einer schlechten und einer noch schlechteren Lösung", führte er aus.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/argentinien-von-staatsbankrott-bedroht>